



Kommunisten in den Volksrepubliken des Donbass - Neuigkeiten vom 31.12.2018

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Wpered.su: Die Hauptkraft sehen wir im Proletariat

Auf Fragen der „Prawda“ antwortet der Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Donezker Volksrepublik Stanislaw RETINSKIJ

- *Wie ist heute die Situation in der Donezker Volksrepublik? In welchem Zustand befinden sich Wirtschaft und Finanzen? Wer ist Eigentümer der Unternehmen und wer leitet sie tatsächlich? Gibt es ein Problem mit der Beschäftigung der Werktätigen, anders gesagt, gibt es Arbeitslosigkeit und wie hoch ist sie? Wie ist die materielle Lage der Bevölkerung?*

- Obwohl in Minsk im Rahmen der Arbeit der Kontaktgruppe einige Dutzend Waffenstillstände abgeschlossen wurden, beschießt die ukrainische Seite weiter das Territorium der Republiken. Natürlich wirkt sich das negativ auf die örtliche Wirtschaft aus. Wegen der Blockade und der nicht endenden Beschüsse von Seiten Kiews stehen viele Unternehmen entweder still oder sie arbeiten nicht mit voller Kapazität. All dies wirkt sich auf den Lebensstandard der Menschen aus. In der DVR ist es möglich Arbeit zu finden, aber sie ist normalerweise gering bezahlt. Auf einem genau solchem Lebensstandard (um einige Male geringer als in Russland) befinden sich auch die Sozialzahlungen. Dabei sind die Lebensmittelpreise in Donezk etwa wie in Moskau. Richtig ist aber, dass in der DVR Bedürftige humanitäre Hilfe erhalten, die Tarife für kommunale Dienstleistungen nicht erhöht werden, die Preise für den öffentlichen Verkehr bleiben niedrig.

Anfang 2017 hat sich die ökonomische Blockade des Donbass merklich verstärkt. Im Zusammenhang damit wurden die Unternehmen, die ukrainischen Oligarchen gehören, unter äußere Leitung gestellt, die in einer Reihe von Massenmedien fälschlicherweise Nationalisierung genannt wird. Formal sind die Unternehmen staatlich geworden, aber sie alle gehören zur geschlossenen Aktiengesellschaft „Wneschtorgserwis“, hinter der Sergej Kurtschenko steht – ein ukrainischer Oligarch, der nach dem Staatsstreich in Kiew nach Russland geflohen ist. Es ist bekannt, er ist eng mit der „Familie Janukowitschs“ verbunden ist.

- *Die DVR existiert als staatliches Gebilde bereits im fünften Jahr. Aber sie wird durch niemanden, auch nicht von Russland, anerkannt. Welches Verhältnis haben die verschiedenen Schichten der Einwohner der DVR zu ihrem, sagen wir, unbestimmten Status?*

- Wie vor viereinhalb Jahren befindet sich die DVR unter Bedingungen eines Schwebezustands. Die Einwohner des Donezker Oblast, die beim Referendum am 11. Mai 2014 abstimmten, rechneten mit einer Wiederholung des „Krim Szenarios“, das heißt mit einer Aufnahme in die Russische Föderation, was aber nicht geschah. Im Ergebnis ergab sich folgende Situation: Nach den Minsker Vereinbarungen ist die DVR ein Teil der Ukraine, aber mit einem besonderen Status. Gemäß dem Akt und der Deklaration über die Unabhängigkeit der Republik ist der Kurs auf den Aufbau eines souveränen Staates festgelegt. Donezker und einige russische politische Aktivisten sprechen wiederum über die Notwendigkeit einer

gegenseitigen Integration des Donbass und Russlands. Mit anderen Worten, die Republiken haben bis heute keinen festen außenpolitischen Kurs, was seinerseits die Ursache dafür ist, dass bei den örtlichen Einwohnern ein Gefühl der Unsicherheit aufgekommen ist. Das Volk des Donbass wird nicht so sehr durch die Beschüsse der ukrainischen Artillerie, die es heldenhaft schon im fünften Jahr erträgt, geschreckt, sondern durch das Fehlen klarer Perspektiven.

- Wie bewertet die Kommunistische Partei die Ursachen und Motive, die den Donbass dazu veranlasst haben, die Souveränität der Donezker und der Lugansker Volksrepublik auszurufen? Ist die frühere Motivation erhalten geblieben? Wie ist heute das Verhältnis der DVR zu ihrer staatlichen Souveränität?

- Der „Antimaidan“ im Südosten der Ukraine war die Antwort auf den Staatsstreich in Kiew. Dabei beteiligte sich das Proletariat an den Ereignisse des Donbass nicht als eigenständige Kraft, sondern als Teil der demokratischen Bewegung. Die bewegende Kraft war das Kleinbürgertum. Darin besteht der Hauptunterschied des „Antimaidan“ zum „Euromaidan“, der von Anfang an von Oligarchen geleitet wurde. Die „Euromaidaner“ verhielten sich gegenüber dem Proletariat des Donbass mit Geringschätzung, sie nannten es „Arbeitsvieh“ und führten noch vor dem Staatsstreich Überfälle auf den Südosten durch und rechneten damit, die „Revolution“ dorthin zu exportieren. Da die Oligarchen, einschließlich der Donezker, den „Euromaidan“ unterstützten, trat das Proletariat auch gegen sie auf. Im Donbass erklangen antioligarchische Losungen, aber sie waren nicht vom Protest gegen die Ausbeutung als solche hervorgerufen, sondern gegen die Kapitalisten, die Anhänger und Beteiligte des Staatsstreichs waren.

Obwohl die Einwohner der Republik der Kämpfe müde sind, will die Mehrheit von ihnen überhaupt nicht in die Ukraine zurückkehren. Die große Wahlbeteiligung beim Referendum am 11. Mai ist in vielem durch den Staatsstreich in Kiew zu erklären sowie durch die Ereignisse am 2. Mai in Odessa und am 9. Mai in Mariupol, wo Dutzende von Menschen durch die Hand ukrainischer Nationalisten starben. In der Folge wurde die Abspaltung von der Ukraine für den Donbass eine Überlebensfrage. Die Kiewer Regierung kann, soviel sie will, von der Abwehr einer „russischen Aggression“ im Donbass sprechen, aber die Einwohner der Republik, besonders der frontnahen Gebiete, sehen sehr gut, dass die Streitkräfte der Ukraine gerade das Feuer auf friedliche Stadtteile eröffnen.

Woran Russland am allerwenigsten beteiligt ist, ist die Entfaltung des Konflikts im Donbass. Die Ukraine begann unter dem Druck innerer Widersprüche zu zerfallen. Das Entstehen des Landes in den Grenzen, die es bis 2014 hatte, war seinerzeit nur dank des Sozialismus möglich. Die Absage der derzeitigen ukrainischen Führung an ihre sowjetische Vergangenheit bedeutet automatisch auch eine Absage an die Grenzen, die während des Bestehens der USSR bestanden haben. Eine gewisse Zeit konnte die bürgerliche Ukraine ihr Territorium im ganzen erhalten, indem sie eine „mehrgleisige Politik“, das heißt ein Lavieren zwischen einigen Zentren der Konzentration des Kapitals, durchführte. Sobald sie sich entschied, sich einem von ihnen anzuschließen, kam ein innerer Konflikt, verbunden mit einem erheblichen Verlust an Territorium, auf.

Es ist am wahrscheinlichsten, dass der Zerfallsprozess der Ukraine sich auch im weiteren fortsetzt, ohne eine Beteiligung Russlands. In der Republik wird das sehr gut verstanden, deshalb sehen ihre Einwohner, so schwer es auch heute für sie sein mag, ihre Zukunft nicht in der Ukraine. Es genügt, sich an den kürzlichen Skandal mit der Ausgabe ungarischer Pässe an ukrainische Ungarn, die in Transkarpatien leben, zu erinnern. Davor, lange vor dem Konflikt, gab Rumänien Pässe an Einwohner der Oblaste Tschernowiz und Odessa aus. Polen an Einwohner der westlichen Ukraine. Was die Einwohner der DVR und der LVR betrifft, die sich im Donbass befinden, so hat keiner von ihnen einen russischen Pass erhalten.

- Die klassische Einstellung gegenüber einer kommunistischer Partei setzt voraus, dass sie vor allem eine Partei der Arbeiterklasse ist. Wie ist heute das Verhältnis der KP der DVR zur

Arbeiterklasse und der Arbeitsklasse zur KP der DVR? Dieses Problem ist umso wichtiger, als dass am Ende der 1980er Jahre die Bergleute des Donbass die Rolle von „Schlaghämmern“ in Bezug auf die Sowjetmacht spielten. Wie ist die Dynamik der Beziehungen zwischen den Bergleuten und der KP der DVR?

- Eines der Hauptprobleme aller kommunistischen Parteien des postsowjetischen Raums ist das Fehlen einer engen Beziehung zum Proletariat. Der Donbass ist keine Ausnahme. Das letzte Mal hat sich die örtlicher Arbeiterklasse am Übergang zwischen den 1980er und 1990er Jahren als politisch eigenständige Kraft gezeigt, als sie gegen die Sowjetmacht auftrat. Damals führten örtliche Bergleute Massenkundgebungen durch und traten im Grunde für eine Änderungen der gesellschaftlichen Beziehungen ein. Und bis heute sind unter den Arbeitern antisowjetische Ansichten recht weit verbreitet. Dennoch führen die Donezker Kommunisten seit Anfang 2014 Agitations- und Organisationsarbeit im proletarischen Milieu.

Die Kommunisten der DVR waren an der Organisation der größten Demonstration von Bergleuten, die am 28. Mai 2014 in Donezk stattfand, beteiligt. Etwa 1000 Bergleute führten eine Fußmarsch als Zeichen des Protestes gegen die „antiterroristische Operation“ im Donbass durch. Dies geschah zwei Tage nach der Bombardierung der Stadt durch die Kiewer Luftstreitkräfte. Die Kriegshandlungen vergrößerten die Gefahr von Notfallsituationen in den Unternehmen erheblich. Ein Geschosstreffer auf eine Elektrounterstation bedeutet für die Bergleute den unausweichlichen Tod, deshalb sind sie mit ihrem Protest auf die Straßen gegangen. Im November 2015 fand in Charzysk unter Beteiligung des örtlichen Stadtkomitees der KP der DVR eine Kundgebung der Arbeiter des Rohrwerks statt, die gegen die Schließung des Unternehmens eintragen, das zu diesem Zeitpunkt dem ukrainischen Oligarchen Rinat Achmetow gehörte. Ich merke an, dass der zweite Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Anatolij Chmelewoj Vorsitzender der Gewerkschaft der Transportarbeiter der DVR ist. Unter seiner Leitung ist es der Gewerkschaft mehrfach gelungen, die Interessen der Transportarbeiter zu verteidigen.

- Die Beziehungen der DVR zu Russland sind wirklich nicht einfach und vielschichtig. Berichten Sie, wie die nicht anerkannte Republik und der russische Staat, die Völker der Donbass und Russlands, die KP der DVR und die KPRF zusammenwirken.

- Tatsächlich sind die Beziehungen nicht einfach und vielschichtig. Ich nenne ein Beispiel. Die Kohle, die in der Republik gefördert wird, wird nicht so sehr auf den russischen Markt geliefert als über Seehäfen im Rostower Oblast auf den Weltmarkt. Die Sache ist die, dass eine Stärkung der Verbindungen mit der RF es erlaubt, nur einige wirtschaftliche Probleme des Donbass zu lösen, aber bei weitem nicht alle. Probleme gibt es nämlich in der Kohlebranche Russlands, unter anderem Absatzprobleme, nicht weniger als in den Volksrepubliken. Es genügt, sich daran zu erinnern, dass noch vor kurzem Rostower Bergleute protestieren und eine Auszahlung der Lohnrückstände forderten.

Was die KPRF betrifft, so unterstützt sie uns aktiv in unseren Bestrebungen. Mitglieder der KP der DVR haben die Möglichkeit, Lehrgänge im Zentrum für politische Bildung des ZK der Kommunistischen Partei der RF, Praktika in kommunistischen Massenmedien zu durchlaufen, an Parteiveranstaltungen, Plena, Parteitagen, Kundgebungen teilzunehmen. Es wurden Kontakte nicht nur zwischen den Führungen der Parteien hergestellt, sondern auch zwischen regionalen Parteikomitees. Es wurde die Zusammenarbeit zwischen den Jugend-, Frauen- und Veteranenorganisationen organisiert. Dank der KPRF wurde unsere Partei Beobachter im SKP-KPSS. Außerdem haben die russischen Kommunisten die Ergebnisse des Referendums des 11. Mai 2014 anerkannt und leisten dem Donbass regelmäßig humanitäre Hilfe.

- Die Prawda hat vor kurzem einen Artikel des Historikers Georgij Ruban, des Sekretärs eines der Bezirkskomitees der KP der DVR von Donezk veröffentlicht, in dem berichtet wird, dass die Zentrale Wahlkommission der Republik der Kommunistischen Partei der DVR die Registrierung entzogen hat. Was bedeutet dies, außer dass die Partei nicht an den Wahlen

teilnehmen konnte? Was ist der heutige Status der Kommunistischen Partei der Donezker Volksrepublik?

- Seit dem Tag ihrer Gründung hat die Kommunistische Partei unter nicht einfachen Bedingungen gearbeitet, aber heute hat sich ihre Lage merklich verschlechtert. Die Annullierung der Registrierung, die im Jahr 2014 von der Zentralen Wahlkommission erteilt wurde, hat die Kommunistische Partei in der DVR außerhalb des Gesetzes gestellt. So ist ihre juristische Lage noch schlechter als die der Kommunistischen Partei der Ukraine. Dort ist die kommunistische Symbolik verboten, aber nicht die Partei. Das Gerichtsverfahren gegenüber der KPU läuft noch.

Die Kommunisten der Donezker Volksrepublik haben auch eine Klage bei Gericht eingereicht und beabsichtigen die Aufhebung der Entscheidung der zentralen Wahlkommission zu erreichen.

- Welche Positionen nimmt die KP der DVR in der derzeitigen Situation in Bezug auf die vor kurzem stattgefundenen Wahlen ein?

- Obwohl die Partei nicht zu den Wahlen zugelassen wurde, hat sie nicht zu deren Boykott aufgerufen. Wie dem auch sei, aber die Tatsache ihrer Durchführung selbst zeugt von einer Fortsetzung des Kurses, der im Jahr 2014 gewählt wurde. Dabei hat die KP der DVR nicht den einen oder anderen Kandidaten oder die eine oder andere gesellschaftliche Bewegung unterstützt, weil sie sehr gut wusste und weiß, dass keine von ihnen die Interessen der Arbeiterklasse verteidigt. Auf dem Parteitag wurde entschieden, dass jedes Mitglied der Partei eine eigenständige Entscheidung bezüglich seiner Beteiligung oder auch seiner Nichtbeteiligung an den Wahlen treffen wird.

- Im August 2018 starb in der Folge eines Terroraktes das erste Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko. Wie hat sich sein Tod auf die Situation im Inneren der Republik ausgewirkt?

- Um die derzeitige Lage in der Republik zu bewerten, muss man zuerst die Persönlichkeit Alexandr Sachartschenkos selbst bewerten. Wie schon zuvor gesagt wurde, war die bewegende Kraft im Konflikt im Donbass das Kleinbürgertum, das danach strebte, dem großen Kapital den Markt abzuringen. Alexandr Sachartschenko, der auch aus kleinbürgerlichen Schichten stammte, führte diese Bewegung an. Aber um den ukrainischen Oligarchen den Markt abzuringen, war es notwendig, die imperialistische Gruppierung herauszufordern, die hinter ihnen steht. In der Folge war das erste Oberhaupt der DVR, ob er es wollte oder nicht, gezwungen, auch den antiimperialistischen Kampf anzuführen. In der DVR ist es für eine gewisse Zeit gelungen, die kleinbürgerliche Idee über den Erhalt von Marktbeziehungen, jedoch ohne Oligarchie zu realisieren. Eine andere Sache ist es, dass unter eine Bewegung nach vorn, das heißt ohne eine Bewegung zum Sozialismus, eine Rückkehr zur Ausbeutung der Werktätigen durch das große Kapital unausweichlich ist. Derzeit strebt Sergej Kurtschenko danach, die Kontrolle über den Rinat Achmetow abgerungenen Markt herzustellen. Er hat mehrfach Versuche unternommen, den Export von Kohle und Metall aus der DVR unter seine Kontrolle zu bringen. Alexandr Sachartschenko bemühte sich jedenfalls, diese Bestrebungen zu beschränken. Heute hat sich, nach allem zu urteilen, die Position Sergej Kurtschenkos im Donbass erheblich gestärkt.

- Welche Rolle spielen die Lieferungen von humanitärer Hilfe, die die KPRF regelmäßig in den Donbass schickt, im Leben der DVR und im Ansehen der KP der DVR?

- Man kann die Bedeutung der humanitären Konvois für die Einwohner der DVR nicht hoch genug bewerten. Dabei ist die KPRF bis heute die einzige politische Kraft in Russland, die dem Donbass über die gesamte Zeit des Konflikts hinweg systematisch Hilfe leistet. Die KP der DVR ihrerseits ist an der Verteilung schon seit mehr als zwei Jahren nicht beteiligt, weil sich seit Oktober 2016 ausschließlich das Zivilschutzministerium der DVR damit befasst. Aus unserer Sicht ist es für die russischen Kommunisten heute zielführender, ihre Anstrengungen auf die Leistung zielgerichteter Hilfe zu konzentrieren: den Wiederaufbau zerstörter Objekte,

die Übergabe von Lieferungen an soziale Einrichtungen, die Schaffung und Entwicklung von Volksunternehmen u.s.w. Die Kommunisten der DVR sind bereit, dies in jeglicher Weise zu unterstützen.

- Was sind die Perspektiven der KP der DVR, wo es in der Republik kein Parteiengesetz und keine anderen Parteien außer der kommunistischen gibt? Behandelt euer ZK die Frage einer Registrierung einer kommunistischen Bewegung in der DVR als Form einer organisierten legalen Aktivität kommunistischer Kräfte der Republik?

- Diese Frage haben wir bisher noch nicht behandelt. Die Kommunistische Partei der DVR tritt für die Annahme eines Gesetzes über politische Parteien ein. Die Kommunisten wissen sehr gut, dass es nur dem Proletariat unter Führung seiner Partei möglich ist, den antiimperialistischen Kampf im Donbass zu Ende zu führen, das heißt, zu einer sozialistischen Revolution zu führen. Deshalb ist die KP der DVR heute auf die Arbeit zur Stärkung der Grundorganisationen, zur Erhöhung der Parteidisziplin, zur Gewinnung von Anhängern eines sozialistischen Entwicklungswegs des Donbass für die Partei ausgerichtet. In einem der Punkte der Deklaration über die Souveränität der Donezker Volksrepublik, deren Autor der erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow ist, ist im Grunde die Rede von der Abschaffung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln in der DVR. Und die Kommunistische Partei wird danach streben, dies zu erreichen, gleichgültig, ob das gewissen Personen gefällt oder nicht.